

Josef Kardinal Frings und Konrad Adenauer

Von Norbert Trippen

Für die Möglichkeiten kirchlicher Einflussnahme auf die politischen und gesellschaftlichen Neuanfänge nach 1945 waren neben Prälat Böhler die persönlichen Beziehungen zwischen dem Kölner Erzbischof Josef Kardinal Frings und der entscheidenden politischen Gestalt dieser Jahre, dem früheren Kölner Oberbürgermeister und späteren ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer, von besonderer Bedeutung.¹

Die gemeinsamen Kölner Jahre 1924–1933 und die Kriegsjahre bis 1945

Adenauer hatte in seiner Oberbürgermeisterzeit vor 1933, ohne zu Frings' Braunsfelder Pfarrei zu gehören, mit seiner Familie den Sonntagsgottesdienst in St. Joseph besucht. Pfarrer Frings hatte zwei der jüngeren Kinder der Familie zur Erstkommunion geführt. Dadurch hatte sich ein wohlwollend-freundschaftliches, jedoch die beiderseitige Unabhängigkeit wahrendes persönliches Verhältnis entwickelt. Den in seinem Rhöndorfer Haus ständig von der Gestapo überwachten Adenauer hat es nach 1940 etwas verwundert, dass der im benachbarten Honnef lebende Seminarregens Dr. Frings nicht einmal einen Spaziergang nach Rhöndorf zu Adenauers Haus wagte. Der Grund dürfte in der Sorge des Regens vor weiterer Gefährdung seines Seminars gelegen haben, vielleicht auch in der von Kardinal Schulte dem Priesterseminar nahegelegten politischen Abstinenz. Adenauer erhielt wie selbstverständlich eine Einladung zur Bischofsweihe am 21. Juni 1942, musste aber aus verständlichen Gründen absagen, an der Feier teilzunehmen, »die meine wärmsten Wünsche begleiten«.² Als Adenauer anlässlich der »Gewitteraktion« im August 1944 verhaftet wurde, gehörte er zu den namentlich genannten Persönlichkeiten, für die Frings seinen Freund Wienken am 31. August 1944 um Vorsprache im Reichssicherheitshauptamt in Berlin bat.³

1 Dazu: Rudolf MORSEY, *Adenauer und Kardinal Frings 1945–1949*, in: Dieter ALBRECHT u.a. (Hg.), *Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Reppen zum 60. Geburtstag*, Berlin 1983, S. 483–501; Josef Kardinal FRINGS, *Erinnerungen an Konrad Adenauer*, in: Dieter BLUMENWITZ u.a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit*, Bd. 1, Stuttgart 1976, S. 149–155. Einzelne Angaben Morseys wurden ergänzt durch persönliche Mitteilungen von Dr. Paul Adenauer, Bergisch Gladbach.

2 Adenauer an Dompropst Paschen 13. Juni 1942 (hs. Original): Hist. Archiv des Erzbistums Köln (HAEK) – Metropolitankapitel (MK) Nr. 33.

3 Frings an Wienken 31. August 1944 (hs. Entwurf): HAEK – Gen II 23.23a, 4.

Die erste Nachkriegszeit

Die Beziehung zwischen beiden nahm eine neue Qualität an, als sie nach Rückkehr des Erzbischofs in seine Bischofsstadt im April 1945 und der Berufung Adenauers zum Oberbürgermeister von Köln durch die Amerikaner für einige Monate beide im St. Elisabeth-Krankenhaus in Köln-Hohenlind Wohnung fanden. Der Wertung von Rudolf Morsey ist zuzustimmen: »Aus dieser räumlichen Nähe erklärt sich, dass in diesen Monaten keine Korrespondenz zwischen ihnen gewechselt – jedenfalls bisher keine bekannt geworden – ist. Für ihr offensichtlich gutes Verhältnis spricht, dass der Erzbischof Anfang Juni 1945 dem Oberbürgermeister die Denkschrift eines Mitarbeiters (Paul Westhoff) über die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der Bekenntnisschule und des Privatschulwesens zuleitete.«⁴

Morsey hat bereits 1983 vor einer Überbewertung wie einer Fehlinterpretation der Beziehung Adenauers zu Frings gewarnt: Der Name des Kölner Kardinals taucht weder in Adenauers Memoiren (1965/68) noch in der autorisierten Biographie von Paul Weymar (1955) auf. Die von Journalisten aufgebaute Legende, Adenauer habe den Kardinal mit »Herr Frings« angeredet, erweist sich aus dem Schriftwechsel als unhaltbar. Die von Adenauer gebrauchte Briefanrede lautete »Sehr verehrte [oder: Hochverehrte] Eminenz«. Frings seinerseits sprach in seinen Briefen Adenauer als »Herr Vorsitzender«, »Herr Präsident« oder »Herr Oberbürgermeister« an, je nachdem, ob der Brief sich an den CDU-Vorsitzenden, den Präsidenten des Parlamentarischen Rates oder (1949) an den »Noch-nicht-Bundeskanzler« richtete.⁵ Die Korrespondenz war stets sachlich und frei von Kumpanei.

Dennoch lag in dieser zwar sachlichen, von gegenseitigem Respekt getragenen Beziehung zwischen Adenauer und Frings eine kirchliche Chance für die anstehenden politischen Neuregelungen, die von außen kritisch wahrgenommen wurde. Pastor Heinrich Albertz, 1949 SPD-Minister in Niedersachsen, schrieb für den »Schweizerischen evangelischen Pressedienst« im September 1949 über die Inaugurationsfeierlichkeiten der Bundesrepublik in Bonn u.a., »der Purpur der Kardinäle« sei »die wichtigste Farbe gewesen, die Bonn bei seiner Eröffnung zeigte. Es ist kein Geheimnis mehr, wer die politischen Entscheidungen Westdeutschlands wesentlich beeinflusst. Die Villa des Bundeskanzlers liegt nur 30 km von der Residenz des Kardinals Frings entfernt, und bereits die Verhandlungen im Parlamentarischen Rat zeigten deutlich genug, wie man eine provisorische und der deutschen Wirklichkeit nicht ent-

4 R. MORSEY (wie Anm. 1), S. 487.

5 Beleg dafür z.B.: Hans Peter MENSING (Bearb.), *Adenauer. Briefe 1947–1949* (Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1984, S. 703 (Reg.) – Die Frings-Briefe an Adenauer werden nachfolgend ausgewertet.

sprechende Mehrheitssituation auszunutzen versuchte, um kulturpolitische Forderungen durchzusetzen«. ⁶

Wenn Albertz auch den Einfluss des Kölner Kardinals überschätzte, so ist doch das Kontaktgefüge Adenauer – Frings – Böhler für die politische Neugestaltung in Deutschland nach 1945 und die Geltendmachung kirchlicher Ansprüche nicht unwichtig gewesen.

Adenauers Bemühungen um eine eindeutige Haltung des Kardinals zur CDU

Noch im Sommer 1945 kam es in verschiedenen Städten des Rheinlandes und Westfalens, aber auch im übrigen Deutschland, im Zuge der Wiederbegründung von Parteien zu ersten Zusammenschlüssen christlicher Politiker auf interkonfessioneller Basis. Bei aller Unterschiedlichkeit früherer politischer Beheimatung der Teilnehmer und auch ihrer Einstellung zu manchen Gegenwartsfragen kam man überall rasch zu der Überzeugung, dass nach den gemeinsam durchlittenen Schreckensjahren des Nationalsozialismus die politisch zu aktivierenden Kräfte beider Konfessionen gemeinsam in einer Partei Einfluss auf die anstehende Neugestaltung der Staatsordnung nehmen sollten. Die an verschiedenen Gründungsorten zunächst unterschiedlich benannte Partei (CDP oder CDU) organisierte sich bald auf regionalen Ebenen. Im Bereich der britischen Besatzungszone schloss man sich Anfang 1946 zusammen und wählte den am 6. Oktober 1945 von General Barraclough wegen »Unfähigkeit« abgesetzten Kölner Oberbürgermeister zum Vorsitzenden der CDU des Rheinlandes und dann der britischen Zone, nachdem die Briten im Dezember das über Adenauer verhängte Verbot der politischen Betätigung aufgehoben hatten. ⁷

Daneben entschlossen sich im Herbst 1945 – in Westfalen mehr als im nördlichen Rheinland – ehemalige Zentrumskreise zu einer Wiederbegründung dieser traditionsreichen Partei der Katholiken. Bei ihrem Parteitag in Essen am 10. März 1946 wählten die Delegierten den ehemaligen Generalsekretär, den in Troisdorf lebenden Oberstudiendirektor Wilhelm Hamacher, zum Vorsit-

⁶ Norbert TRIPPEN, *Interkonfessionelle Irritationen in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland*, in: Karl-Dietrich BRACHER u.a. (Hg.), *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*, Berlin 1992, S. 345–377, hier: S. 354; zu Pastor Heinrich Albertz: vgl. Jaques SCHUSTER, *Heinrich Albertz. Der Mann, der mehrere Leben lebte*, Berlin 1997.

⁷ Zur Frühgeschichte der CDU: Leo SCHWERING, *Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union*, Recklinghausen 1963; Hans Georg WIECK, *Die Entstehung der CDU und die Wiederbegründung des Zentrums im Jahre 1945*, Düsseldorf 1953; Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945–1982*, Stuttgart 1993, S. 15–130; Peter HÜTTENBERGER, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*, Siegburg 1973, S. 47–76; Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 12), Düsseldorf 1988.

zenden, der allerdings schon im Herbst dieses Jahres aus Gesundheitsgründen zurücktreten und sein Amt dem westfälischen Pädagogen Johannes Brockmann überlassen musste.⁸

Die Zentrumsparlei blieb im Gegensatz zur CDU auf das Rheinland und Westfalen beschränkt, konnte also von ihrer früheren Größe und ihrem Einfluss in Zeiten der Weimarer Republik nur träumen. In manchen politischen Themen agierte sie nicht eindeutig, öfter, zumal auf sozial- und wirtschaftspolitischem Gebiet, näher bei der SPD als beim bürgerlichen Lager. Doch in der Vertretung kirchlicher Positionen stand sie eindeutig – manchmal geschlossener als die heterogener zusammengesetzte CDU! – zu den Forderungen der Bischöfe.

Schon früh wurde deutlich, dass diese Zersplitterung der christlich orientierten Kräfte in der Politik ihrem Einfluss auf die Gestaltung der neuen Ordnung nicht förderlich war. Doch wie sollten sich die Bischöfe – und zumal ihr Vorsitzender, Kardinal Frings – beiden Parteien gegenüber verhalten, an deren festem Willen, eine politische Neuorientierung auf der Basis christlicher Überzeugungen zu erreichen, nicht zu zweifeln war? Beide Parteien warfen den Bischöfen und zumal Kardinal Frings vor, sich entweder nicht eindeutig für ihre Partei zu entscheiden (Adenauer für die CDU) bzw. zu eindeutig auf der Seite der anderen Partei zu stehen (Hamacher für das Zentrum).

Schon am 6. September 1945 hatte eine Düsseldorfer Zentrumsgruppe bei Erzbischof Frings vorgesprochen und gefragt, welche Haltung die Kirche gegenüber den beiden christlichen Parteien einnehme. »Der Erzbischof hatte entgegnet: die Fuldaer Bischofskonferenz habe dazu noch keine Position bezogen, sie habe jedoch Zweifel geäußert, ob es ratsam sei, das Zentrum wieder unter dem alten Namen entstehen zu lassen ... Die CDP sei aus der Erwägung heraus gegründet worden, dem evangelischen Volksteil entgegenzukommen. Mit manchem sei man noch nicht restlos zufrieden, vor allem die Stellung in der Schulfrage sei schwierig. Von der Gründung des Zentrums in Düsseldorf und an anderen Orten nehme er ohne Bedenken Kenntnis. Aber eine rein konfessionelle Partei hielte er im Augenblick für nicht angebracht ...«⁹

Es wurde sehr bald deutlich, dass die deutschen Katholiken einschließlich der ehemaligen Zentrumsmitglieder, mehrheitlich der CDU zuneigten, die trotz gelegentlich weniger eindeutiger Vertretung katholischer Interessen auch bei zahlreichen Bischöfen Sympathie fand.

Am 23. März 1946 – also während der von der britischen Militärverwaltung angesetzten Elternabstimmung über die Bekenntnisschule in Nordrhein-West-

⁸ Zur Wiederbegründung des Zentrums vgl.: P. HÜTTENBERGER (wie Anm. 7), S. 77–96; Ute SCHMIDT, *Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung*, Opladen 1987; H. G. WIECK (wie Anm. 7).

⁹ P. HÜTTENBERGER (wie Anm. 7), S. 80.

falen! – beschwerte sich Hamacher bei den in Werl versammelten westdeutschen Bischöfen¹⁰: »Wie dem Generalsekretariat der ... Deutschen Zentrums-
partei mitgeteilt wurde, haben die Hochwürdigsten Herren Erzbischöfe bzw.
Bischöfe von Trier, Hildesheim und Paderborn die ... Herren Geistlichen ihrer
Diözese offen angewiesen, sich für die Christlich-Demokratische Union ein-
zusetzen.« Die CDU ihrerseits habe sich darauf berufen, die letzte Fuldaer
Bischofskonferenz habe »sich inoffiziell für sie erklärt«. Katholische Arbei-
tervereine, die Katholische Jugend und das Kolpingwerk ließen ihre Sekretäre
parallel für die CDU tätig werden. Nach überzogenen Einschätzungen über
den Verbreitungsgrad der Zentrumsanhänger und die »Beunruhigung« des ka-
tholischen Bevölkerungsteils folgte der Hinweis, dass die Zentrums-
partei »wie von jeher, so auch jetzt, die kulturpolitischen Interessen der deutschen Katho-
liken mit unwandelbarer Klarheit und Entschiedenheit vertritt. So hat sich die
Zentrums-
partei als einzige deutsche Partei schon gleich bei ihrer Wiederbe-
gründung die Forderung nach der konfessionellen Schule zueigen gemacht und
diese auch öffentlich vertreten ...«

Es scheint, dass Frings' Antwort an Hamacher vom 29. März 1946 von den
westdeutschen Bischöfen abgesprochen (vielleicht von Böhler vorformuliert?)
wurde¹¹: »Seien Sie überzeugt, dass keiner der Herren sich für die CDU aus-
gesprochen hat, weil er deren Programm grundsätzlich für richtiger und besser
hält.« Man müsse lediglich »der Welt das Schauspiel einer politischen Spal-
tung und gegenseitigen Befehdung des deutschen Katholizismus ersparen. Ihre
Partei hat den Nachteil, zu spät auf dem Plan erschienen zu sein, als die CDU
bereits an vielen Orten sich konstituiert hatte. Wir haben daher im Interesse
der guten Sache und weil der Feind links, d.h. im Lager der materialistischen
Weltanschauung steht, an Sie die Bitte,

1. überall da, wo die CDU bereits Fuß gefasst hat, vorderhand, d.h. vor den
bevorstehenden Wahlen in diesem Sommer oder Herbst, von der Gründung
ihrer Partei abzusehen,
2. in den Versammlungen keine Befehdung der CDU zu gestatten,
3. alles zu tun, um zu einer Einigung oder wenigstens zu einem festen Bünd-
nis mit der CDU zu gelangen.«

Solche gut gemeinten Bemühungen der Bischöfe hatten nur begrenzten Erfolg.
CDU und Zentrum blieben bis 1954 in Nordrhein-Westfalen Konkurrenten
um Stimmenanteile aus dem Lager kirchlich orientierter Katholiken. Rudolf
Morsey hat die immer wieder zwischen Adenauer und Frings verhandelte
Problematik der beiden sich im Wege stehenden christlichen Parteien bereits

¹⁰ Deutsche Zentrums-
partei, Dr. Wilhelm Hamacher, an die Konferenz der Hochwürdig-
sten Herren Bischöfe, Werl, 23. März 1946 (Original): HAEK – Gen II 23.23a, 8.

¹¹ Frings an Hamacher 29. März 1946 (Abschrift): HAEK – Gen II 23.23a, 8.

1983 dargestellt.¹² Lediglich einige Kölner Aktenstücke seien zur ergänzenden Illustration erwähnt.

Am 27. April 1947 – wenige Tage nach der ersten nordrhein-westfälischen Landtagswahl mit 37,5 % Stimmen für die CDU und 9,8 % Stimmen für das Zentrum schrieb Adenauer einen geharnischten Brief an Frings¹³: Er habe feststellen müssen, »dass das Zentrum, namentlich in Westfalen, in einer geradezu schamlosen Weise gegen uns gehetzt hat«. Ein Flugblatt des Zentrums in Coesfeld trage die Unterschriften von drei Geistlichen und behaupte, »die CDU wolle eine neue christliche Kirche gründen«. »Nach den übereinstimmenden Mitteilungen durchaus zuverlässiger Mitglieder der CDU in Westfalen haben sich Angehörige des katholischen Klerus in Westfalen an der Agitation für das Zentrum und gegen die CDU in führender Weise beteiligt«. Düstere politische Zukunftsvisionen Adenauers gipfelten in der fast drohenden Feststellung: »Die Sozialdemokratie und die KPD sind in ihre Machtpositionen gekommen durch das Zentrum. Das Zentrum verdankt seine Existenz und seinen Zuwachs bei dieser Wahl sehr wesentlich der Tätigkeit katholischer Geistlicher. Für die politische Tätigkeit der katholischen Geistlichen sind wohl die Bischöfe verantwortlich ... Wenn es den Bischöfen nunmehr nicht gelingt, der drohenden Entwicklung, die durch ihre mehr oder weniger passive Haltung in Lauf gekommen ist, Einhalt zu tun, so werden die Bischöfe sich auch die Folgen in vollem Maße zuschreiben müssen.«

Der Kölner Kardinal stand – wie wahrscheinlich auch seine Mitbischöfe – noch einige Jahre unter massivem Druck beider Parteien. Anfang 1948 z.B. wollte Adenauer gehört haben, Generalvikar David neige zum Zentrum. Er bat (und erhielt) einen Gesprächstermin in Köln unter Zuziehung von Prälat Böhler.¹⁴ »In der Hauptsache«, so schrieb Adenauer an den Kardinal, »drängt es mich, mit Ihnen das Verhältnis CDU/Zentrum zu besprechen. Es ist unbedingt notwendig, dass eine dauerhafte Klärung und eine Zusammenarbeit – wenn möglich mehr – herbeigeführt wird. Die Trennung der auf christlichem Boden stehenden Wähler bedeutet – je länger, je mehr – eine Schädigung der kirchlichen Interessen.«

12 R. MORSEY (wie Anm. 1), S. 489–493.

13 Adenauer an Frings 27. April 1947 (Original): HAEK – Gen 23.23a, 13. Der Zorn des CDU-Vorsitzenden erklärt sich daraus, dass die CDU im Landesdurchschnitt von 48,5 % (Kommunalwahlen Oktober 1946) auf 37,5 % (Landtagswahl April 1947) zurückgefallen war, während das Zentrum von 4,2 % auf 9,8 % angestiegen war. Die SPD hatte von 31,3 % auf 32 % zugelegt: Walter FÖRST, *Geschichte Nordrhein-Westfalens*, Bd.1: 1945–1949, Köln–Berlin 1970, S.197–206 bzw. P. HÜTTENBERGER (wie Anm. 7), S. 241 u. S. 542f.; vgl. auch STAATSLIXIKON, Art. *Nordrhein-Westfalen*, Bd. 4, Freiburg ¹1988, S. 44 sowie H.-O. KLEINMANN (wie Anm. 7), S. 507.

14 Adenauer an Frings 7. Januar 1948 (Original): HAEK – Gen II 23.23a, 18.

Frings benutzte den im April 1948 fälligen Ad-Limina-Besuch in Rom, um dort am 22. April mit Msgr. Ludwig Kaas, dem letzten Zentrumsvorsitzenden bis 1933, zu sprechen.¹⁵ Er notierte sich darüber: »K[aa]s bedauerte die Spaltung der christlichen Parteien in Deutsch[land]. Offensichtlich steht er auf Seiten der CDU und schätzt Adenauer als den fähigsten [Politiker]. Von Spiecker [damals Zentrum] rückt er ab als den Sozialisten auch innerlich zu nahestehend, er sei in puncto konfess[ioneller] Schule nicht zuverlässig«.

Kardinal Frings' CDU-Beitritt am 2. November 1948

Die Uneinigkeit des christlichen Lagers erschien besonders gefährlich, als am 1. September 1948 in Bonn der Parlamentarische Rat zur Abfassung des Grundgesetzes zusammentrat. Am 1. November 1948 beklagte sich Adenauer bei Frings bitter darüber, dass Bischof Keller von Münster am 10. September seinem Klerus »erneut und dringend die Innehaltung striktester parteipolitischer Neutralität« auferlegt hatte¹⁶: »Es ist den Geistlichen untersagt, öffentlich für eine der christlichen Parteien derart einzutreten, dass darin eine Stellungnahme gegen die andere erblickt werden muss.« Auch im Dekanat Königswinter sei den Geistlichen »anempfohlen worden ..., keine Wahlversammlungen zu besuchen. Ich habe es infolgedessen erleben müssen, dass, als ich in Honnef als Redner auftrat, die katholische Geistlichkeit in auffälligerweise fehlte«. Adenauer unterstellte dem Episkopat »den gleichen« – nicht näher bezeichneten – »Fehler, den er 1933 begangen hat« und warnte vor dem Ausgang der ersten Bundestagswahl in einigen Monaten: »Wenn es der CDU/CSU nicht gelingt, bei diesen Wahlen eine Mehrheit zu bekommen, ist für die Vertretung der christlichen Interessen das Schlimmste zu befürchten, da die Sozialdemokratie weit überwiegend marxistisch und unduldsam eingestellt ist.«

In seinem Antwortschreiben vom 2. November 1948 gab Frings dem nun bald dreijährigen Drängen Adenauers nach¹⁷: »Sie wissen, wie sehr ich den Riss innerhalb des katholischen Volksteils bedaure und alles versuche, ihn zu schließen ... Der in Düsseldorf geltend gemachte Standpunkt, dass *eine* große führende christliche Partei vorhanden sein müsse, die den Oberbürgermeister und entsprechend die höheren führenden Männer zu stellen berufen sei, scheint mir berechtigt. Ich bitte, mich persönlich als Mitglied der CDU zu führen.« Die erfreute Reaktion Adenauers hat Morsey beschrieben¹⁸: »Der CDU-Vor-

15 Hs. Gesprächsnotiz »Besprechung mit Msgr. Kaas am 22.4.48«: HAEK – CR II 2.18 d. 3.

16 Adenauer (»Der Präsident des Parlamentarischen Rates Bonn 1948«) an Frings 1. November 1948 (Original): HAEK – CR II 16.10.4; Vgl. auch: R. MORSEY (wie Anm. 1), S. 494f.

17 Frings an Adenauer 2. November 1948 (hs. Entwurf): HAEK – CR II 16.10.4. Morseys Bemerkung, Frings' »Beitrittserklärung war bisher noch nicht zu ermitteln, auch nicht im Historischen Archiv des Erzbistums Köln« (S. 495 Anm. 59), ist damit überholt.

sitzende und ... Präsident des Parlamentarischen Rates gab diesen Schritt des Erzbischofs am 10. November in einer Sitzung der Unionsfraktion des Parlamentarischen Rates bekannt und dankte Frings noch am gleichen Tage ›herzlich‹ für seinen Entschluss, mit dem er ihm ›eine wirkliche Erleichterung von den schweren Sorgen, die mich bedrücken‹ verschafft habe.«

Morsey stellt dann Vermutungen über die Motive des Kardinals für seinen Schritt an: Wahrscheinlich ging es ihm angesichts der Verfassungsberatungen in Bonn und Düsseldorf um eine Bündelung der christlichen Kräfte. Der Schritt des Kardinals, der durch eine Pressekorrespondenz am 19. November 1948 in die Öffentlichkeit gelangte, fand ein lebhaftes und zum Teil kritisches Echo.¹⁹ Man sprach hier und da vom »Kardinalfehler«. Unangenehmer als die Diskussion in der Presse wurde die in der aktuellen Debatte des Parlamentarischen Rates. Dort ging es in diesen Wochen u.a. um die Fortgeltung des Reichskonkordats von 1933, das nach einer emotionalen Äußerung des FDP-Abgeordneten Höpker Aschoff kein Völkerrechtsvertrag, sondern den Vertrag des Papstes mit einer »Verbrecherbande« darstelle. Der CDU-Beitritt von Kardinal Frings wurde in dieser Debatte bewusst von SPD/FDP-Seite ausgeschlachtet. Im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates wurde mit Verweis auf Art. 32 RK gesagt: »Kein Mitglied des Klerus darf einer politischen Partei angehören. Wenn Herr Kardinal Frings der CDU beigetreten ist und auf der anderen Seite betonen sollte, dass das Reichskonkordat noch in Kraft sei, so würde er bereits durch seinen Eintritt in die CDU gegen diese Verpflichtung verstoßen haben.«²⁰ Auch der hessische Justizminister (und spätere Ministerpräsident) Zinn (SPD) warf der Kirche am 20. Januar 1949 mangelnde Konkordatstreue vor.

Wie sollte man den Schaden begrenzen? Ludwig Volk ermittelte²¹: »Angesichts der bedenklichen Entwicklung und auf Bitten Böhlers hin hatte inzwischen das päpstliche Staatssekretariat zu den Angriffen auf das Reichskonkordat Stellung bezogen. Laut P. Zeiger reagierte der Papst ›in der bekannt sauren Form durch ein langes Telegramm, das wir in geeigneter Form wissen lassen konnten.« Dieses Telegramm wurde Frings zugeleitet.

Volk kommt nach Darlegung der Einzelheiten zu dem Schluss: »Konkordatsrechtlich lagen die Verhältnisse keineswegs so eindeutig, wie sie ... erscheinen mochten. Gab es doch begründete Zweifel, ob der einschlägige Art.

18 R. MORSEY (wie Anm. 1), S. 495f.; vgl. auch: Ludwig VOLK, *Der Heilige Stuhl und Deutschland 1945–1949*, in: Anton RAUSCHER u.a. (Hg.), *Kirche und Katholizismus 1945–1949*, Paderborn 1977, S. 53–87, hier S. 78.

19 Der Schweizer Generalkonsul von Weiss berichtete darüber an seine Regierung in Bern am 23. November 1948: Markus SCHMITZ/Bernd HAUNFELDER, *Humanität und Diplomatie. Die Schweiz in Köln 1940–1949*, Münster 2001, S. 293f.

20 L. VOLK (wie Anm. 18), S. 78 Anm. 81.

21 EBD. S. 78.

32 des Reichskonkordats überhaupt Rechtskraft erlangt habe, da eine Vorbedingung nicht erfüllt war. Entgegen ihrer Zusage im Schlussprotokoll hatte es nämlich die Reichsregierung unterlassen, das Verbot parteipolitischer Betätigung auch auf die nichtkatholische Geistlichkeit auszudehnen«, wohl im Hinblick auf die der NSDAP höchst erwünschten Aktivitäten des »Reichsbischofs« Müller und seiner »Deutschen Christen«!

Doch solche juristischen und historischen Feinheiten fanden in der Hitze der aktuellen politischen Debatte kaum Beachtung. So musste ein Ausweg aus der misslichen Lage gesucht werden. Volk schildert²²: »Um den Vorwurf mangelnder Vertragstreue zu entkräften ..., legte Pius XII. größten Wert auf strikte Einhaltung von Art. 32. Er gab deshalb der Vatikanmission noch im Januar 1948 zu verstehen, dass die kaum drei Monate alte Parteibindung des Kölner Kardinals mit dem Konkordat nicht vereinbar und darum rückgängig zu machen sei.« In einem Interview mit dem Muench-Biographen Barry soll Frings 1963 ausgesagt haben, »wegen seines CDU-Beitritts habe er von Rom ›einen Ruffel‹ bekommen«.

Volk beschreibt den weiteren Verlauf der Dinge: »In Kronberg fürchtete man nun nicht ohne Grund, dass ein derartiges Abrücken des Episkopatsvorsitzenden von der CDU auf dem Höhepunkt der Bonner Grundgesetzdebatte katastrophale Folgen haben könne. Infolgedessen wurde die päpstliche Order zunächst zurückgehalten, aber auch, nachdem sie im April nach Köln weitergeleitet und der Parteiaustritt in aller Stille vollzogen war, bereitete die Frage der Bekanntgabe dieses Schritts weiterhin Kopfzerbrechen. Adenauer war gegen jede Unterrichtung der Öffentlichkeit, Frings hielt sich dazu für verpflichtet. Strittig blieb die Wahl des richtigen Zeitpunkts, ob vor oder nach der Annahme des Grundgesetzes, ob vor oder nach der Bundestagswahl. Nach längerem Hin und Her erschien die Nachricht Anfang Juni 1949 im ›Kirchlichen Anzeiger für die Erzdiözese Köln‹.²³ Die Fehldeutungen folgten auf dem Fuß. Der Kardinal habe Dr. Adenauer seine Missbilligung über die CDU-Politik ausgesprochen und werde sich deshalb dem Zentrum anschließen. Demgegenüber erklärte das Ordinariat, der Schritt des Kardinals habe mit den politischen Vorgängen und dem Bonner Grundgesetz nichts zu tun.«

Während Kardinal Frings schon in seinem Rundbrief an den Kölner Klerus vom 14. Juni 1945 – allerdings nicht mit Verweis auf Art. 32 RK, sondern auf c.139 § 2 CIC 1917 – jede Übernahme öffentlicher Ämter, etwa des Bürgermeisteramtes, untersagt hatte, hatte es in Bayern nach 1945 eine begrenzte Neuauflage des »politischen Prälaten« gegeben. Deshalb war Kardinal Faulhaber 1949 nicht bereit, der Anweisung des Papstes an Kardinal Frings zur

22 EBD. S. 82

23 Trotz dieser exakten Angabe Volks: KA 89, 1949 enthält diese Nummer die Nachricht über den Austritt des Kardinals aus der CDU *nicht* !

Befolgung von Art. 32 RK zu gehorchen. Volk berichtet²⁴: »Jeder Urgierung des Entpolitisierungsartikels widersetzte sich Faulhaber für den Bereich der bayerischen Diözesen mit aller Entschiedenheit. Für ihn nämlich stand schon nach der Unterredung mit Böhler fest: ›Um eine Erschütterung der gesamten christlichen Politik zur Zeit zu verhüten‹, werde ›von einer sofortigen, befehlsmäßigen Einhaltung des Art. 32 Abstand genommen‹«. Das darf wohl als Beleg dafür gelten, dass in Bayern die Uhren immer schon etwas anders liefen als im übrigen Deutschland und in der Weltkirche!

Eine besondere Bedeutung sollten diese gewachsenen Beziehungen zwischen Kardinal Frings und Konrad Adenauer während der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates über das Grundgesetz haben. Für die anschließend in Düsseldorf anstehenden abschließenden Verhandlungen über die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen hatten es Böhler und Frings mehr mit Düsseldorfer CDU-Politikern zu tun. Nach Konstituierung der Bundesrepublik, der Wahl des ersten Bundestages und der ersten Bundesregierung unter Bundeskanzler Adenauer wurden die amtlichen Kontakte zwischen dem Kölner Kardinal und Adenauer zur seltenen Ausnahme.

24 L. VOLK (wie Anm. 18), S. 83.